

Vahlens Lernbücher für Wirtschaft und Recht

Grundzüge des Bürgerlichen Rechts

von
Prof. Dr. Peter Bähr

12. Auflage

Grundzüge des Bürgerlichen Rechts – Bähr

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Gesamtdarstellungen zum BGB, allgemeine Fragen zum Zivilrecht

Verlag Franz Vahlen München 2013

Verlag Franz Vahlen im Internet:

www.vahlen.de

ISBN 978 3 8006 4584 8

beck-shop.de

Vahlens Lernbücher
Prof. Dr. Peter Bähr

beck-shop.de

beck-shop.de

Grundzüge des Bürgerlichen Rechts

von

Prof. Dr. Peter Bähr
Universität des Saarlandes

12., überarbeitete und aktualisierte Auflage

Verlag Franz Vahlen München

Prof. Dr. Peter Bähr, apl-Professor der Universität des Saarlandes ist ausgewiesener Experte für Bürgerliches Recht.

Prof. Dr. Peter Bähr wurde 1972 von der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes für die Fächer „Prozessrecht“ und „Bürgerliches Recht“ habilitiert. Heute gehört er der Fakultät noch als apl. Professor an. Nach anfänglicher Lehrtätigkeit als Universitätsprofessor hat er 27 Jahre juristische Berufspraxis als kommunaler Wahlbeamter (u. a. Beigeordneter für das Rechts- und Ordnungsdezernat der Landeshauptstadt Saarbrücken) absolviert. Im Nebenamt weiterhin Lehrtätigkeit mit Schwerpunkt im Zivil- und Wirtschaftsrecht als Dozent und Lehrbeauftragter an der Universität Saarbrücken, der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und an der Akademie für Arbeit und Sozialwesen des Saarlandes.

ISBN 9783800645848

© 2013 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstr. 9, 80801 München

Satz: jürgen ullrich typesatz, 86720 Nördlingen
Druck und Bindung: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

VORWORT ZUR 12. AUFLAGE

Diese Überarbeitung bringt das Lernbuch auf den Stand von April 2013.

Der Text wurde in allen seinen Teilen nochmals überprüft, um – neben der Auswertung der Ergebnisse der Gesetzgebungs-Rally zum Abschluss der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages – an dem Konzept einer kompakten Darstellung des Bürgerlichen Rechts für Studierende mit Ausbildungsschwerpunkt in den ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Fächern zu feilen. Entsprechend dieser Zielsetzung ist in der vorliegenden Neuauflage das bisherige Kapitel mit einer Kurzdarstellung des Familien- und Erbrechts ersatzlos gestrichen worden, um Platz zu schaffen für die Vertiefung der Beschreibung des Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrechts. Gerade die Gesetzesreformen aus der allerjüngsten Zeit haben die zunehmende gesellschaftliche Relevanz einer rechts- und sozialstaatlichen Organisation dieser „letzten Arbeitsstufe“ der staatlichen Durchsetzung von privaten Vermögensinteressen nachdrücklich unterstrichen.

Rückmeldungen von interessierten Studierenden signalisieren mir, dass dieses Buch Anforderungen an den Fleiß und die Aufmerksamkeit seiner Leserinnen und Leser stellt, die auf den ersten Blick für ein „Nebenfach“ ungewöhnlich anspruchsvoll zu sein scheinen. Wer aber in seiner Ausbildung schon die Mühe auf sich nehmen muss, mit einem so spröden Stoff wie dem Bürgerlichen Recht Kontakt aufzunehmen, sollte sich nicht damit abspeisen lassen, Rechtsfälle nur als Anekdoten vermittelt zu bekommen, und im übrigen mehr oder weniger darauf angewiesen zu sein, ein Konglomerat von Rechtsregeln auswendig zu lernen. Den Leserinnen und Lesern steht es vielmehr zu, ihren Blick für das logische Zusammenspiel eines wissenschaftlichen Systems geöffnet zu bekommen, dessen „Erfindung“ vor knapp tausend Jahren einmal am Anfang der modernen berufsvorbereitenden Hochschullehre in Europa gestanden hatte.

Mein besonderer Dank für Hilfe bei der Herstellung des Buches gilt meiner Tochter, Frau Dipl. Kfr. Stefanie Bähr. Sie hat nicht nur mit professioneller Routine und Effizienz die Korrekturen der Druckfahnen mitbetreut, sondern bei der Gestaltung des Manuskripts im Interesse der künftigen Nutzerinnen und Nutzer mit Nachdruck für einen les- und verstehbaren Text gestritten.

Saarbrücken, am 1.5.2013

Peter Bähr

beck-shop.de

INHALTSVERZEICHNIS

Erster Teil Grundlagen

§ 1. Statt einer Einführung: Fabrikationsfehler an Bodenfliesen als Rechtsproblem für den BGH	1
I. Die „Bodenfliesen-Entscheidung“ des BGH	1
II. Was uns die Abwicklung des „Bodenfliesen-Falls“ durch die Gerichte über die Berufstätigkeit der Juristen sagt	3
III. Die Aufgaben und Ziele dieses Lernbuchs	6
§ 2. Bürgerliches Recht	7
I. Der Begriff des „Bürgerlichen Rechts“ und sein Standort im deutschen Rechtssystem	8
1. Begriff	8
2. Exkurs: Die didaktische Aufgabe von Rechtssystemen und deren Bedeutung für die praktische Rechtsfindung	8
3. Öffentliches und Privates Recht	8
4. Einteilung des Privatrechts	10
5. Das besondere Gewicht und die Funktion des Bürgerlichen Rechts als Teilgebiet des Privatrechts	10
II. Einige Leitprinzipien des Bürgerlichen Rechts	11
1. Rechtsgleichheit	11
2. Privatautonomie	13
3. Bindung an das gegebene Wort	15
4. Der Grundsatz von „Treu und Glauben“	16
III. Rechtsquellen des Bürgerlichen Rechts	17
1. Allgemeiner Überblick: Arten der Rechtsquellen	17
a) Gesetze	17
b) Rechtsverordnungen	17
c) Gewohnheitsrecht	18
d) Die Rechtspraxis („Richterrecht“) als Rechtsquelle?	18
2. Rechtsakte der EU als in Deutschland unmittelbar verbindliche Rechtsquellen	19
a) Primäres Gemeinschaftsrecht	20
b) Sekundäres Gemeinschaftsrecht	20
3. Das BGB als zentrale Rechtsquelle des Bürgerlichen Rechts	22
a) Entstehungsgeschichte des BGB	22
b) Die Gliederung des BGB	23
c) Die Sprache des BGB	25
4. Persönlicher und räumlicher Geltungsbereich des BGB (Internationales Privatrecht)	26

Inhaltsverzeichnis

5. Zeitlicher Geltungsbereich von Änderungen des BGB (Inter-temporales Privatrecht)	27
IV. Hilfsmittel	29
§ 3. Die Grundbausteine des Zivilrechtssystems: Rechtssubjekte, Rechtsobjekte und subjektive Rechte	31
I. Rechtssubjekte	31
1. Die Person als Bezugssubjekt des Bürgerlichen Rechts	31
2. Natürliche und juristische Personen	31
3. Besonderheiten der natürlichen Personen	33
a) Menschen als Rechtssubjekte	33
b) Andere persönliche Qualifikationen neben der Rechtsfähigkeit	33
c) Einzelheiten über die Geschäftsfähigkeit von natürlichen Personen	34
d) Personengruppen, für die im Zivilrecht besondere Regelungen vorgesehen sind	37
4. Besonderheiten der juristischen Personen	41
a) Begriff	41
b) Allgemeiner Überblick	42
c) Wem „gehört“ die juristische Person?	44
d) Organisationsformen	45
e) Insbesondere: Die Kapitalgesellschaften	46
f) Personenhandelsgesellschaften	48
g) Informell organisierte Zusammenschlüsse von Rechtssubjekten	49
II. Rechtsobjekte	50
1. Sachen	51
a) Sachbegriff	51
b) Regelung der Sachen im BGB	51
c) Einzelne Ergänzungen des Sachbegriffs in den §§ 91 ff. BGB	52
2. Rechte als Rechtsobjekte	53
III. Subjektive Rechte	53
1. Die Begriffe „Rechtsverhältnis“ und „subjektives Recht“	53
2. Typen subjektiver Rechte	54
a) Herrschaftsrechte	54
b) Persönlichkeitsrechte	55
c) Ansprüche	56
d) Gestaltungsrechte	57
3. Der Inhalt subjektiver Rechte	58
a) Festlegung durch Rechtsgeschäft und/oder Gesetz	58
b) Inhaltsbestimmung von subjektiven Rechten durch „Treu und Glauben“	59
4. Insbesondere: Zeitliche Grenzen für die Wirksamkeit von subjektiven Rechten	60
a) Bei Herrschaftsrechten an Sachen	60
b) Bei Persönlichkeitsrechten	61
c) Verjährung von Ansprüchen	61

Inhaltsverzeichnis

d) Verfristung von Gestaltungsrechten	66
e) Ablauf der Zeit und Verwirkung von Ansprüchen und Gestaltungsrechten	66
f) Berechnung von Fristen	67
5. Der Schutz subjektiver Rechte	68
a) Vorrang staatlicher Rechtsschutzgewährleistung	68
b) Selbsthilfe und Selbstverteidigung	68

Zweiter Teil Rechtsgeschäftliches Handeln

§ 4. Rechtsgeschäfte	71
I. Überblick	71
II. Die Arten der Rechtsgeschäfte	72
1. Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte	72
2. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	73
III. Willenserklärungen	75
1. Die Tatbestandselemente einer Willenserklärung	75
a) Subjektiver Tatbestand von Willenserklärungen	75
b) Objektiver Tatbestand	76
c) Schweigen als Willenserklärung	76
2. Zugang von Willenserklärungen	78
3. Wirksamkeit von Willenserklärungen	79
4. Die Auslegung von Willenserklärungen	80
5. Zusagen im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen – „Unverbindliche“ Anbahnung von Vertragsschlüssen	82
a) Gefälligkeitsverhältnisse	82
b) „Unverbindliche“ Vertragsanbahnung	84
IV. Rechtsgeschäfte durch Stellvertreter	85
1. Die Abgabe von Willenserklärungen mit Wirkung für und gegen einen anderen	85
2. Der Anwendungsbereich der gewillkürten Stellvertretung	86
a) Stellvertreter und Bote	86
b) Abgabe von Willenserklärungen	86
c) Insich-Geschäfte	86
3. Vollmacht und Bevollmächtigung	87
a) Die Vollmacht als Grundlage der Stellvertretung	87
b) Erteilung und Widerruf der Vollmacht	88
c) Inhalt der Vollmacht	89
d) Vollmacht und Grundverhältnis	90
e) Vollmacht über den Tod hinaus	90
f) Schutz des guten Glaubens des Geschäftspartners an die Existenz und den Umfang der Vollmacht?	91
4. Das Stellvertretergeschäft	93
a) Offenlegung des Handelns als Stellvertreter	93
b) Geschäftsfähigkeit des Stellvertreters	94
c) Die Zurechnung von Willensmängeln und des Wissens über geschäftsrelevante Umstände	94

Inhaltsverzeichnis

5. Der „Vertreter ohne Vertretungsmacht“ (= falsus procurator)	95
a) Die Auswirkungen von Mängeln bei der Vertretungsmacht auf die Gültigkeit des Stellvertretergeschäfts	95
b) Haftung des „falsus procurator“	95
§ 5. Vertrag	97
I. Begriff und Funktion des Vertrags	97
1. Begriff	97
2. Die praktische Bedeutung des Vertrags als Rechtsgeschäfts- typ	97
3. Mögliche Gegenstände einer vertraglichen Vereinbarung	98
4. Vertragsfreiheit	98
5. Grenzen der Vertragsfreiheit	99
a) Schranken der Vertragseingehungsfreiheit	99
b) Schranken der Vertragsgestaltungsfreiheit	100
II. Tatbestand des Vertragsschlusses	101
1. Grundtatbestand	101
2. Vertragsantrag (Offerte, Angebot)	102
3. Annahme des Vertragsangebots	104
a) Zugang der Annahmeerklärung	104
b) Verzicht auf den Zugang der Annahmeerklärung – die Son- derregelung des § 151 BGB	104
c) Fristgerechte Annahme	105
d) Abänderungen	107
4. Einigung der Vertragsparteien	107
5. Rechtswirkungen des Vertragsschlusses	109
a) Allgemeines	109
b) Bedingte und befristete Verträge	110
c) Andere Modifikationen der inhaltlichen Vertragswirkun- gen	111
6. Vertragsschlüsse im elektronischen Geschäftsverkehr	111
7. Schweigen als Vertragsschluss	113
III. Vertragsauslegung	114
1. Ermittlung des vereinbarten Vertragsinhalts	114
2. Versteckter Einigungsmangel (Dissens)	116
3. Ergänzende Vertragsauslegung	118
IV. Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)	119
1. Praktische Bedeutung und die Regelung im BGB	119
2. Begriff der AGB	120
3. Einbeziehung der AGB in den Einzelvertrag – besondere Aus- legungsregeln	121
4. Inhaltskontrolle von AGB	123
a) Voraussetzungen der Inhaltskontrolle	123
b) Aufbau der gesetzlichen Regelung	123
5. Unwirksamkeit von AGB-Klauseln und Gültigkeit des Ver- trags	125
6. AGB-Kontrollklage	125
7. Prüfungsschema	126

Inhaltsverzeichnis

§ 6. Mängel beim Rechtsgeschäft	129
I. Praktische Bedeutung – Überblick über die gesetzliche Regelung	129
II. Mögliche Rechtsfolgen von Rechtsgeschäftsmängeln	130
1. Nichtigkeit einer Willenserklärung (eines Rechtsgeschäfts)	130
a) Begriff	130
b) Heilung durch Bestätigung oder Erfüllung	131
c) Umdeutung nichtiger Rechtsgeschäfte	131
d) Teilunwirksamkeit	132
2. Anfechtbarkeit einer Willenserklärung (eines Rechtsgeschäfts)	133
a) Vorläufige Wirksamkeit des Rechtsgeschäfts	133
b) Ausübung des Anfechtungsrechts (= Anfechtungserklärung)	134
c) Anfechtungsfrist	134
d) Bestätigung des anfechtbaren Rechtsgeschäfts	134
e) Rückabwicklung von Vorleistungen nach erfolgter Anfechtung	135
III. Willensmängel	136
1. Begriff und wichtige Vorfragen	136
2. Bewusstes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung	137
3. Ungewolltes Auseinanderfallen von Wille und Erklärung: Der Irrtum	137
a) Begriff	137
b) Die einzelnen Irrtumstatbestände	139
c) Erheblichkeit des Irrtums	142
d) Verantwortlichkeit für den Irrtum	142
e) Rechtsfolgen des Irrtums	143
4. Unerlaubte Manipulation des Geschäftswillens	144
a) Arglistige Täuschung	144
b) Widerrechtliche Drohung	146
c) Rechtsfolgen	147
5. Gesetzeskonkurrenzen	148
6. Beiderseitiger Irrtum beim Vertragsschluss	150
IV. Formfehler	151
1. Bedeutung der Formvorschriften	151
a) „Klassische“ Formvorschriften	151
b) Formeller Informationszwang	153
2. Die „klassischen“ Formtypen des BGB	153
a) „Einfache“ Schriftform (auch als „gesetzliche Schriftform“ bezeichnet)	153
b) Elektronische Form	154
c) Textform	154
d) Notarielle Beurkundung	154
e) Öffentliche Beglaubigung	155
3. Die besonderen Informationspflichten beim Abschluss von Verbraucherverträgen	155
4. Rechtsfolgen von Formfehlern	156
a) Bei Nichtbeachtung von „klassischen“ Formvorschriften	156
b) Die Nichtbeachtung von Informationspflichten bei bestimmten Verbraucherverträgen	157

Inhaltsverzeichnis

V. Inhaltliche Mängel des Rechtsgeschäfts	157
1. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	158
2. Verstoß gegen die guten Sitten	159
VI. Die Bedeutung der Geschäftsfähigkeit für die Wirksamkeit von Rechtsgeschäften	161
1. Willenserklärungen Geschäftsunfähiger	161
2. Willenserklärungen von beschränkt geschäftsfähigen Personen	162
a) Willenserklärungen mit Einwilligung des gesetzlichen Ver- treters	162
b) Willenserklärungen ohne Einwilligung des gesetzlichen Ver- treters	163
c) Zugang von Willenserklärungen	165
d) Prüfungsschema für die Wirksamkeit von Rechtsgeschäften, die eine beschränkt geschäftsfähige Person mit einer von ihr selbst abgegebenen Willenserklärung vorgenommen hat	165

Dritter Teil Schuldrechtliche Beziehungen

§ 7. Schuldverhältnis und Anspruch	167
I. Grundlagen	167
1. Das Schuldrecht des BGB	167
2. Schuldverhältnis und Anspruch	167
3. Das Schuldverhältnis als Quelle relativer Rechtsbeziehungen	169
4. Schuld und Haftung	170
II. Das Schuldverhältnis	171
1. Leistungspflichten im Schuldverhältnis	171
a) Haupt-, Neben- und Schutzpflichten	171
b) Informationspflichten der Unternehmer bei bestimmten Ver- braucherverträgen	172
c) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	173
d) Einseitige und mehrseitige Schuldverhältnisse	173
e) Auf von vornherein begrenzte Leistungen gerichtete Schuld- verhältnisse und sog. „Dauerschuldverhältnisse“	174
2. Parteien des Schuldverhältnisses	175
a) Grundlagen: Gläubiger, Schuldner und Gehilfen	175
b) Vielzahl von gleichrangig Beteiligten	176
c) Änderungen der Partner des Schuldverhältnisses	177
3. Entstehung von Schuldverhältnissen	178
4. Beendigung von Schuldverhältnissen	179
a) Aufhebungsvertrag	180
b) Rücktritt	180
c) Widerruf und Rückgabe bei Verbraucherverträgen	182
d) Kündigung	184
e) Befristete Dauerschuldverhältnisse	186
III. Der einzelne schuldrechtliche Anspruch	187
1. Inhalt des Anspruchs	187
a) Überblick	187

Inhaltsverzeichnis

b) Bestimmbarkeit der Leistungspflichten aufgrund vertraglicher Zusatzvereinbarungen	188
c) Gattungsschulden	188
d) Leistungsort	189
e) Leistungszeit	190
f) Zurückbehaltungsrechte des Schuldners	191
g) Leistung durch Dritte	192
h) Dritte Rechtssubjekte als Empfänger der Leistung (Vertrag zugunsten Dritter)	193
2. Erfüllung des Anspruchs	195
a) Beweisfragen	195
b) Vollständigkeit der Erfüllungsleistung	196
c) Leistung erfüllungshalber und an Erfüllung statt	196
3. Vom Schuldner einseitig bestimmte Erfüllungssurrogate	197
a) Hinterlegung	197
b) Aufrechnung	198
4. Schuldverlass	199
5. Die Abtretung als Änderung des Gläubigers eines Anspruchs – der Anspruch als Verfügungsobjekt	199
a) Das Abtretungsgeschäft	199
b) Die Abtretbarkeit von Ansprüchen	200
c) Weitere Wirkungen der Abtretung	201
d) Die Rechtslage beim Zessionar	201
e) Die Lage des Schuldners	202
f) Verbesserung der Verkehrsfähigkeit von Forderungen durch deren Verbriefung in Wertpapieren	205
6. Schuldübernahme als Änderung des Schuldners eines Anspruchs	206
7. Mehrheit von Gläubigern und/oder Schuldern eines Anspruchs	207
a) Mehrheit von Gläubigern	207
b) Mehrheit von Schuldern	208
§ 8. Leistungsstörungen im Schuldverhältnis	209
I. Überblick	209
II. Tatbestandstypen der Leistungsstörungen	210
III. Überblick über die Rechtsfolgen der Leistungsstörungen	213
1. Das Konzept des Schuldrechts-Modernisierungsgesetzes	213
2. Ausgleich von Nachteilen beim Gläubiger	214
a) Überblick	214
b) Anspruch auf Schadensersatz	214
c) Schadensersatz statt der Leistung nach Aufgabe des gestörten Anspruchs durch den Gläubiger gemäß § 281 BGB	217
3. Bestand des Schuldverhältnisses	218
a) Faktischer Wegfall des Schuldverhältnisses durch ein Leistungshindernis	218
b) Rücktritt des Gläubigers vom Vertrag	218
c) Einforderung des Schadensersatzes statt der Leistung durch den Gläubiger gemäß § 281 BGB	221

Inhaltsverzeichnis

4. Gegenleistungsanspruch des Schuldners	221
a) Einrede des nicht erfüllten Vertrags	221
b) Die Grundregel des § 326 Abs. 1 BGB	221
c) Der Gegenleistungsanspruch bei Wechsel des Gläubigers auf den Schadensersatzanspruch statt der Leistung gemäß § 281 BGB	222
d) Der Gegenleistungsanspruch beim Gläubigerrücktritt nach § 323 Abs. 1 BGB	222
IV. Störung des Anspruchs durch ein Leistungshindernis (Unmöglich- keit)	223
1. Anwendungsfälle	223
a) Unerbringbarkeit der Leistung	223
b) Die Problematik der Gattungsschulden	223
c) Unmöglichkeit durch Zeitablauf (absolute Fixschuld)	224
d) Unmöglichkeit durch unzumutbare Leistungerschwerungen	225
e) Geldschulden	226
f) Anfängliche Leistungshindernisse und Unmöglichwerden der Leistung	227
g) Teilweise Unmöglichkeit der Leistung als Sonderfall	227
2. Auswirkungen des Leistungshindernisses auf den Leistungsan- spruch	228
a) Wegfall des Anspruchs auf die unmögliche Leistung	228
b) Herausgabe des Ersatzvorteils	228
c) Schadensersatz statt der Leistung	229
3. Der Anspruch auf die Gegenleistung	232
a) Die Grundregel des § 326 Abs. 1 BGB	232
b) Der Gläubiger bleibt gleichwohl zur Gegenleistung ver- pflichtet	232
c) Wegfall der Gegenleistung als Anrechnungsfaktor für den Schadensersatzanspruch des Gläubigers	236
4. Rücktritt vom Vertrag	237
5. Teilweise Unmöglichkeit der Leistung	238
6. Prüfungsschema Unmöglichkeit der Leistung	239
V. Leistungsverzögerung	242
1. Begriff	242
2. Der Anspruch auf die verzögerte Leistung	243
3. Rechte des Gläubigers bei Leistungsverzögerung	243
a) Einrede des nicht erfüllten Vertrags	243
b) Rücktritt vom Vertrag	243
4. Schuldnerverzug	244
a) Voraussetzungen	244
b) Rechte des Gläubigers beim Schuldnerverzug	245
5. Der Anspruch auf die Gegenleistung	248
6. Verzug mit einer Teilleistung	249
7. Prüfungsschema Leistungsverzögerung	249
VI. Schlechtleistung	251
1. Übersicht	251
a) Zurückweisung des Leistungsversuchs als nicht vertragsge- recht	252

Inhaltsverzeichnis

b) Annahmeverzug des Gläubigers bei nicht gerechtfertigter Zurückweisung des Leistungsversuchs	252
c) Schlechtleistung	252
d) Schlechtleistung und Schutzpflichtverletzung	252
2. Was ist „Schlechtleistung“?	253
3. Verbleibende Anwendungsmöglichkeiten der allgemeinen Regelungen über Schlechtleistungen	254
4. Rechtsfolgen der Schlechtleistung	254
a) Nacherfüllung	254
b) Einrede des nicht erfüllten Vertrags	255
c) Rücktritt vom Vertrag, Kündigung aus wichtigem Grund	255
d) Schadensersatz	255
5. Prüfungsschema Schlechtleistungen	256
VII. Schutzpflichtverletzungen	258
1. Begriff	258
2. Der Tatbestand der Haftung für Schutzpflichtverletzungen	260
3. Rechtsfolgen	261
4. Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von „Verträgen mit Schutzwirkung für Dritte“	262
5. Prüfungsschema Schutzpflichtverletzungen	264
VIII. Haftung für Verschulden beim Vertragsschluss („culpa in contrahendo“ = c. i. c.)	265
1. Begriff und Rechtsgrundlagen	265
a) Die Problematik vorvertraglicher Schuldverhältnisse	265
b) Rechtsfolgen	266
c) Die Erstreckung vorvertraglicher Schutzpflichten auf dritte Personen	267
2. Beispiele für eine Haftung für Verschulden beim Vertragsschluss	267
a) Schuldhafte Störung des Vertragsschlusses	268
b) Verletzung von Verkehrssicherungspflichten	269
c) Verletzung von Aufklärungspflichten	269
IX. Störung der Geschäftsgrundlage	270
1. Tatbestand	270
2. Tatbestand der Störung der Geschäftsgrundlage	271
3. Abgrenzung von den Leistungsstörungen	272
4. Rechtsfolgen	272
§ 9. Typen vertraglicher Schuldverhältnisse – Umsatz- und Gebrauchsüberlassungsverträge	273
I. Die Bedeutung der gesetzlichen Ausformung von Schuldvertragstypen	273
1. Vertragsmuster	273
2. Dispositive Inhaltsnormen	273
3. Zwingende Inhaltsnormen	274
4. Überblick über die Vertragstypen	275
5. Prüfungsschema für die Zuordnung eines vertraglichen Schuldverhältnisses zu einem gesetzlichen Vertragstyp des „Besonderen Schuldrechts“	276
6. Typengemischte und atypische Verträge	278

Inhaltsverzeichnis

II. Kaufverträge	279
1. Grundlagen	279
2. Die Pflichten des Verkäufers	280
3. Die Gewährleistung des Verkäufers für Sach- und Rechtsmängel	281
a) Voraussetzungen	281
b) Die mangelhafte Leistung des Kaufobjekts	283
c) Rechtsfolgen der Mängelgewährleistung	285
d) Verjährung der Mängelansprüche	288
e) Freizeichnung von der Mängelgewährleistung	289
f) Regress des Letztverkäufers in der Lieferantenkette	289
4. Pflichten des Käufers	290
5. Verbraucherwiderruf bei Haustürgeschäften und Fernabsatzverträgen	291
6. Andere Umsatzverträge	293
III. Mietverträge	293
1. Grundlagen	293
a) Begriff und wirtschaftliche Bedeutung des Mietvertrags	293
b) Rechtsgrundlagen	294
2. Allgemeine Regeln	295
3. Pflichten des Vermieters	296
a) Gebrauchsüberlassungspflicht	296
b) Mängelgewährleistungspflicht des Vermieters	297
c) Die Problematik der sog. „Schönheitsreparaturen“	301
4. Pflichten des Mieters	302
a) Zahlung der Miete (= „Mietzins“)	302
b) Vertragsgemäßer Gebrauch der Mietsache	303
c) Rückgabe der Mietsache	303
5. Beendigung des Mietverhältnisses	304
a) Befristete Mietverträge	305
b) Verlängerung des Mietverhältnisses nach Fristablauf	305
c) Mietverträge auf unbestimmte Zeit	305
6. Besonderheiten bei Mietverhältnissen über Wohnraum	306
a) Gegenständlicher Anwendungsbereich des Wohnraummietrechts	307
b) Vorschriften für den Inhalt von Wohnraummietverträgen	308
c) Regelung der Miethöhe	309
d) Beschränkung des Kündigungsrechts zu Ungunsten des Vermieters	311
e) Vollstreckungsschutz für den Mieter	315
7. Andere Gebrauchsüberlassungsverträge	315
IV. Darlehensverträge	317
1. Grundlagen	317
2. Pflichten aus dem (Geld-)Darlehensvertrag	318
3. Verbraucherdarlehen	319
a) Problemstellung	319
b) Anwendungsbereich des Verbraucherdarlehensrechts	319
c) Die einzelnen Schutzbestimmungen	319
d) Verbraucherrechtsschutz	321

Inhaltsverzeichnis

4. Erstreckung der Schutzbestimmungen für den Verbrauchercredit auf andere Finanzierungshilfen	322
§ 10. Tätigkeitsverträge und andere Vertragstypen	322
I. Allgemeiner Überblick über die Tätigkeitsverträge	322
II. Dienstverträge	323
1. Begriff	323
a) „Freie“ Dienstverhältnisse	323
b) Arbeitsverhältnisse	324
c) Der Behandlungsvertrag über Dienstleistungen in Gesundheitsberufen	325
2. Leistungspflichten	325
3. Leistungsstörungen	327
a) Schlechtleistung	327
b) Leistungshindernisse in der Person des Dienstverpflichteten	328
c) Annahmeverzug des Dienstberechtigten	329
d) Leistungshindernisse aus anderen Ursachen	330
4. Beendigung des Dienstverhältnisses	332
III. Werkverträge	334
1. Begriff und Leistungspflichten	334
2. Die Mängelgewährleistung durch den Werkunternehmer	335
3. Andere Leistungsstörungen beim Werkvertrag	337
4. Vorzeitige Beendigung des Werkvertrags	338
5. Werklieferungsverträge	339
6. Andere erfolgsbezogene Dienstleistungsverträge	340
IV. Geschäftsbesorgungsverträge	341
1. Auftrag, entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag	341
2. Geschäftsbesorgung im Zahlungsverkehr	342
3. Andere handelsrechtliche Sonderformen	344
V. Koordinationsverträge	345
1. Überblick	345
2. Die Gesellschaft des Bürgerlichen Rechts (GbR)	345
a) Begriff	345
b) Innenverhältnis und Gesellschaftsvermögen	346
c) Geschäftsführung und Außenverhältnis	347
d) Beendigung und Liquidation	348
e) Rechtsfähigkeit der GbR	349
f) Partnerschaftsgesellschaft (PartG)	350
g) Handelsrechtliche Personengesellschaften	350
3. Gemeinschaft	351
VI. Verträge über die Sicherung oder die Bestärkung einer Schuld und bürgerlichrechtliche Grundformen des Wertpapierrechts	351
§ 11. Gesetzliche Schuldverhältnisse	353
I. Das System	353
II. Unerlaubte Handlungen	354
1. Begriff und Grundlagen	354

Inhaltsverzeichnis

2. Verschuldens- und Gefährdungshaftung	355
3. Die Organisation der Verschuldenshaftung in den §§ 823 ff. BGB	356
4. Die einzelnen Deliktstatbestände der Verschuldenshaftung	357
a) Verletzung eines Schutzguts (§ 823 Abs. 1 BGB)	357
b) Verstoß gegen ein Schutzgesetz (§ 823 Abs. 2 BGB)	361
c) Kreditgefährdung (§ 824 BGB)	361
d) Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung (§ 825 BGB)	361
e) Verletzung eines Benachteiligungsverbots (§§ 15 Abs. 1, 21 Abs. 2 AGG)	362
f) Haftung für Gebäudeeinsturz	362
g) Haftung des Gerichtssachverständigen für unrichtige Gutachten	363
h) Ersatzpflicht für das schädigende Verhalten von dritten Personen	363
i) Juristische Personen als Schadensersatzschuldner	365
j) Verjährung	368
5. Gefährdungshaftung	368
a) Haftung des Kfz-Halters	369
b) Haftung für den Betrieb anderer Fahrzeuge und für Schäden aus gefährlichen Anlagen	371
c) Produkthaftung	371
d) Umwelthaftung	372
e) Haftung des Tierhalters	373
6. Unerlaubte Handlungen mehrerer Personen	373
a) Mittäterschaft	374
b) Teilnahme	374
c) Nebentäterschaft	374
d) Gesamtschuldnerische Haftung	376
III. Ungerechtfertigte Bereicherung	376
1. Aufgabe des Bereicherungsrechts	376
2. Die Systematik des Bereicherungsrechts	377
3. Bereicherung durch Leistung (= „Leistungskondiktion“)	378
a) Leistung und Leistungsverhältnis	378
b) Leistung ohne rechtlichen Grund	379
c) Ausschluss des Bereicherungsanspruchs	380
4. Bereicherung in sonstiger Weise (= „Eingriffskondiktion“)	380
5. Bereicherungsausgleich bei Verfügung eines Nichtberechtigten	381
6. Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs	382
a) Herausgabe des „Erlangten“ und Wertersatz	382
b) Wegfall der Bereicherung	382
c) Verschärfung der Haftung des Bereicherungsschuldners	383
d) Saldotheorie	385
7. Erstreckung des Bereicherungsanspruchs gegen Dritte	386
IV. Geschäftsführung ohne Auftrag (GoA)	386
1. Problemstellung	386
2. Tatbestandsmerkmale der GoA	388
a) Besorgen eines „fremden“ Geschäfts	388

Inhaltsverzeichnis

b) Übernahme der Geschäftsbesorgung im Interesse und entsprechend dem wirklichen oder mutmaßlichen Willen des Geschäftsherrn	389
3. Pflichten des Geschäftsführers	389
4. Pflichten des Geschäftsherrn	390
5. Ungerechtfertigte GoA	390
6. Unechte GoA	390
V. Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	391
1. Problemstellung	391
2. Grundgedanke der Regelung	392
3. Anwendungsbereich der §§ 987 ff. BGB	393
4. Herausgabe von Nutzungen	394
5. Ersatz für die Beschädigung oder den Untergang der herauszugebenden Sache	395
6. Verwendungsersatzansprüche des Besitzers	396
§ 12. Die Verpflichtung zum Schadensersatz	398
I. Überblick	398
II. Was ist „Schaden“?	399
1. Materieller und immaterieller Schaden	399
a) Materieller Schaden (Vermögensschaden)	399
b) Immaterieller Schaden	403
2. Unmittelbarer und mittelbarer Schaden – Vorteilsausgleichung	404
3. Der Kreis der Ersatzberechtigten	405
III. Zusammenhang zwischen Schaden und Haftungsgrund	405
1. „Natürlicher“ Ursachenzusammenhang und der Maßstab der Adäquanz	406
2. Einwirkungen Dritter oder des Verletzten selbst auf den Schadensverlauf	407
3. Normative Kriterien für die Begrenzung der Schadenszurechnung	408
4. Überholende Kausalität	410
5. Kausalität durch Unterlassen	411
IV. Rechtswidrigkeit und Verschulden bei der Schadenszufügung	411
1. Rechtswidrigkeit	412
a) Begriff	412
b) Rechtfertigungsgründe	413
c) Haftung für rechtmäßige Schädigung (Angriffsnotstand)	413
2. Verschulden	414
a) Der zivilrechtliche Begriff der „Schuld“	414
b) Schuldfähigkeit	414
c) Schuldformen	415
aa) Vorsatz	415
bb) Fahrlässigkeit	416
V. Anspruchskürzung bei Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	417
1. Einwirkungen des Geschädigten auf den Schadensverlauf	417
2. „Mitverschulden“ von gesetzlichen Vertretern und Erfüllungsgehilfen	418

Inhaltsverzeichnis

3. Schadensverteilung nach Haftungsquoten	419
4. Ausdehnung auf die Gefährdungshaftung	419
VI. Die als „Schadensersatz“ geschuldete Leistung	419
1. Vorrang der „Naturalrestitution“	419
2. Schadensersatz durch Zahlung einer Geldsumme	420

Vierter Teil Sachenrechtliche Rechtsbeziehungen – Die Durchsetzung subjektiver Rechte durch die Justiz

§ 13. Grundbegriffe des Sachenrechts	423
I. Der Gegenstand sachenrechtlicher Vorschriften	423
1. Dingliche Rechte	423
2. Die gesetzliche Regelung	424
3. Sachen als Rechtsobjekte	425
a) Sachbegriff	425
b) Sachgesamtheiten	426
c) „Neue“ bewegliche Sachen durch Trennung	427
4. Verfügungsgeschäfte	427
a) Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip	428
b) Verfügungsbefugnis	428
II. Besitz	430
1. Die verschiedenen Stufen des Besitzes	430
a) Unmittelbarer und mittelbarer Besitz	430
b) Besitzdiener	431
c) Eigenbesitz	431
2. Erwerb und Verlust des Besitzes	432
a) Beim unmittelbaren Besitz	432
b) Verbotene Eigenmacht – Fehlerhafter Besitz	432
c) Beim mittelbaren Besitz	433
3. Besitzschutz	433
a) Selbsthilferechte des Besitzers	434
b) Klagebefugnisse des Besitzers (sog. „possessorische Ansprüche“)	435
c) Schadensersatz- und Bereicherungsansprüche	436
4. Die Publizitätsfunktion des Besitzes	436
a) Eigentumsvermutung	436
b) Herausgabeanspruch des früheren Besitzers	437
III. Eigentum	438
1. Begriff und Inhalt	438
a) Die Gerechtsamen des Eigentümers	438
b) Der verfassungsrechtliche Schutz des Eigentums	439
2. Schranken des Eigentumsrechts	440
a) Schutz fremder Rechte gegenüber der Eigentumsnutzung	440
b) Sozialbindung des Eigentums	440
c) Rechtsgeschäftliche Beschränkungen des Eigentums	441
d) Miteigentum	442
3. Schutz des Eigentums	443

Inhaltsverzeichnis

a) Delikts- und Bereicherungsrecht	443
b) Abwehr von rechtswidrigen Störungen	444
c) Herausgabeanspruch nach § 985 BGB	444
§ 14. Sachenrecht – Fahrnis- und Liegenschaftsrecht	445
I. Fahrnisrecht	445
1. Erwerb des Eigentums an beweglichen Sachen durch Rechtsge- geschäft	445
a) Übereignung durch den Berechtigten	445
b) Gutgläubiger Eigentumserwerb an beweglichen Sachen	447
2. Eigentumserwerb an beweglichen Sachen kraft Gesetzes	450
3. Dingliche Nutzungsrechte an beweglichen Sachen	452
4. Kreditsicherung durch Verwertungsrechte an beweglichen Sa- chen	452
a) Das Problem der Kreditsicherung	452
b) Faustpfandrecht	455
c) Gesetzliche Pfandrechte	456
d) Eigentumsvorbehalt	456
e) Sicherungsübereignung	461
II. Liegenschaftsrecht	462
1. Das Grundbuch	463
a) Übersicht	463
b) Einrichtung des Grundbuchs; Grundbuchverfahren	463
c) Die Bedeutung der Grundbucheintragung für die Entstehung und den Rang der Grundstücksrechte	464
d) Der öffentliche Glaube des Grundbuchs	465
e) Grundbuchberichtigungsanspruch	466
2. Grundeigentum	467
a) Erwerb des Grundeigentums	467
b) Inhalt des Grundeigentums	468
c) Grundstücksgleiche Rechte	469
3. Nutzungsrechte an Grundstücken	473
4. Kreditsicherung durch Grundpfandrechte	474
a) Die Bedeutung der Grundpfandrechte als Sicherungsmittel ..	474
b) Rechtsinhalt	475
c) Gemeinsame Regeln für die Begründung und Übertragung von Grundpfandrechten	476
d) Besonderheiten der Hypothek	477
e) Besonderheiten der Grundschild	478
III. Rechte an Rechten	480
§ 15. Die Durchsetzung von bürgerlichen Rechten durch die Justiz – Erkenntnisverfahren	481
I. Einleitung	481
1. Der Schutz individueller Rechte im Rechtsstaat	481
2. Ziviljustiz	483
3. Rechtsgrundlagen der Ziviljustiz	483

Inhaltsverzeichnis

II. Aufbau der Gerichte	484
1. Organisation der ordentlichen Gerichtsbarkeit	484
2. Instanzenzug der Zivilgerichte	485
3. Andere Aufgaben der ordentlichen Gerichtsbarkeit	486
4. Gerichtszweige außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit	486
a) Arbeitsgerichte	487
b) Gerichtsbarkeiten für öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	487
c) Verfassungsgerichte	487
5. Die verfassungsrechtliche Absicherung der Rechtsprechungstätigkeit	487
a) Sachliche und persönliche Unabhängigkeit der Richter	488
b) Anspruch auf den gesetzlichen Richter	488
c) Bindung der Richter an Gesetz und Recht	488
d) Anspruch auf rechtliches Gehör	489
e) Anspruch auf Verfahren „innerhalb angemessener Frist“	489
III. Das Erkenntnisverfahren in Zivilrechtssachen	490
1. Überblick	490
2. Der Zivilprozess als Zweiparteiprozess	490
3. Leitprinzipien des Zivilprozessrechts (sog. „Prozessmaximen“)	491
IV. Beispiel für die Abwicklung einer Leistungsklage – Der „Baggerkauf-Fall“	493
1. Sachverhalt – Der Kauf des Baggers	493
2. Klageerhebung	493
3. Allgemeine Regeln für die Prozessabwicklung	495
a) Grundsatz der Mündlichkeit, Prozessbetrieb, Termine und Fristen	495
b) Die Prüfung der Sache durch das Gericht – Zulässigkeit der Klage	497
c) Auswirkungen des Verhandlungsgrundsatzes	498
d) Schlüssigkeit der Klage	499
4. Einwirkung der Parteien auf den Prozessverlauf	499
a) Klagerücknahme, Klageverzicht	499
b) Säumnis auf der Klägersseite	500
c) Erledigung der Hauptsache	500
d) Anerkenntnis	501
e) Säumnis auf der Seite des Beklagten	501
f) Prozessvergleich	502
g) Streitige Verhandlung	502
5. Beweiserhebung	503
a) Beweisbedürftige Tatsachenbehauptungen	503
b) Beweisführungslast	504
c) Beweismittel	504
d) Durchführung des Beweises	504
6. Das Urteil des Gerichts	505
a) Form und Inhalt des Urteils	505
b) Rechtsmittel	507
c) Rechtskraft des Urteils	509
V. Summarische Verfahren	512
1. Mahnverfahren	513

Inhaltsverzeichnis

2. Europäisches Mahnverfahren	514
3. Arrest und einstweilige Verfügung	515
4. Europäisches Verfahren für geringfügige Forderungen	516
§ 16. Einzelzwangsvollstreckung und Insolvenz	517
I. Einzelzwangsvollstreckung	517
1. Aufgabe des Zwangsvollstreckungsverfahrens	517
2. Vollstreckungstitel	518
3. Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen als Beispiel	518
a) Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen	519
b) Zwangsvollstreckung in Forderungen und Rechte	523
c) Zwangsvollstreckung in Grundstücke	525
4. Gläubigeranfechtung	527
II. Insolvenzverfahren	527
1. Aufgabe des Insolvenzverfahrens	527
2. Eröffnung des Insolvenzverfahrens	529
a) Zuständigkeit der Insolvenzgerichts	529
b) Insolvenzantrag	529
c) Voraussetzungen für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	529
d) Vorläufige Maßnahmen des Insolvenzgerichts	530
e) Eröffnungsbeschluss	530
f) Wirkung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	530
3. Die Subjekte des Insolvenzverfahrens	532
a) Insolvenzverwalter	532
b) Gläubiger	533
c) Schuldner	534
4. Der regelmäßige Ablauf eines Insolvenzverfahrens	535
a) Die Ordnung des Verfahrens durch Gläubigerversammlungen	535
b) Insolvenzmasse	536
c) Ermittlung der im Insolvenzverfahren zu befriedigenden Schulden – Schuldenmasse und Insolvenztabelle	538
d) Verteilung der Aktivmasse	540
e) Aufhebung des Insolvenzverfahrens	540
f) Vorzeitige Einstellung des Insolvenzverfahrens	540
5. Insolvenzplanverfahren	541
a) Grundlagen	541
b) Einleitung des Insolvenzplanverfahrens	542
c) Genehmigung, Bestätigung und Wirkung des Insolvenzplans	543
d) Aufhebung des Insolvenzverfahrens	544
6. Eigenverwaltung durch den Schuldner	544
a) Bedeutung der Eigenverwaltung	545
b) Anordnung der Eigenverwaltung	545
7. Restschuldbefreiung	546
8. Verbraucherinsolvenzverfahren	548
a) Zweck des Verfahrens	548
b) Zugang zum Verbraucherinsolvenzverfahren	548

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

c) Antragstellung – Schuldenbereinigungsplan	549
d) Gerichtliche Schuldenbereinigung	549
e) Vereinfachtes Insolvenzverfahren	549
Sachverzeichnis	551